

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Zögnerstr. 8, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsänderung ufm. erfolgt jeder Anspruch auf Verrückung beim Rückgang des Bezugspreises.
Fernsprechkennzeichen Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reichsanzeiger 30 Goldpfennig, einzeln, Umhängezettel, Schmelzettel und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen geheimerer Art bis Freitag, Samstag und Sonntag.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg-Zeitung.

Nr. 10.

Dienstag, den 24. Januar 1928.

31. Jahrg.

kleine Zeitung für eilige Leser.

* Infolge des Richtbereinstimmens zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei über das Schulgesetz ist die Gefahr einer Krise in der Reichsregierung entfallen.
* Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gab in einer Rede zu Mannheim als vorläufigen Termin für die Reichstagswahlen ein Ende kommenden Monats Mai an.
* Das Präsidium des Evangelischen Bundes wendet sich gegen die Idee von der Gründung einer evangelischen politischen Partei.
* Die freigeberischen Verarbeiter drohen mit dem Streik, wenn sie bis zum Mai keine wesentliche Schlichtungsergebnisse erhalten.
* In Amerika hält man das Zustandekommen eines Antifriedenspaktes für ausgeschlossen nach dem Eintreffen der französischen Antwort auf die Washingtoner Vorlage.

Nur ein Aufheulzucken.

Berlin hat für ganz Deutschland wieder einmal den Stoff zu einer recht traurigen Verwirrung abgegeben. Oder zum Nachen. Denn ganz Deutschland kennt ja wohl die Geschichte der vom Einfluß der beiden Parteien, die in der Charlottenburger Hebelstraße. Das rechte Kapitel dieser Geschichte ist der Hinweis auf — anders war's nicht — zweier Parteien, die binnen drei Stunden ihre Wohnungen wegen Kaufmännischer Zusammenstöße, aber vom Wohnungsamt andere Wohnungen nicht nachgegebenen erhielten. Sondern sozusagen auf der Straße liegen.
Keine von den Behörden will an all diesen geradezu unmöglichen Dingen schuld sein; das Wohnungsamt sagt, es habe die Hauptrolle schon längst auf die Einfuhrzölle aufmerksamer gemacht und diese sei ihm jetzt überdies mit dem sofortigen Abbruch der über den Saal gekommen. Alles ganz schön und gut, aber dadurch erhalten die Angehörigen immer noch keine Wohnung. Sie sollen auch die Umzugskosten selbst bezahlen. Oder der Hauseigentümer. Oder die Hypothekengläubiger der Grundstücke. Nebenfalls nicht — die Behörden. Denn — so sagen sie — wir sind an allem schuldlos. Die wohnungslosen Mieter erfahren nur ein Aufheulzucken.
Das ist schon eine Komödie, keine Groteske mehr, das ist eine Tragödie, die Tragödie des „Regierens“. Es genügt nicht, daß die Behörden Sitzungen veranstalten oder Demontis von sich geben, die um so weniger geglaubt werden, als sie einander widersprechen. Gerade Wohnungsangelegenheiten im ganzen Reichgebiet zur Verfügung gestellt werden, wo das eine unverständliche Unterbringungsmöglichkeit ist — und es konnte nicht eine einzige Familie untergebracht werden! Schließlich kann doch der Bürger von der Arbeit seiner Behörden auch etwas Praktisches verlangen, nicht bloß behörliche Entschuldigungen und Anekdoten.
Aber so ganz und gar nicht zufrieden an all diesen Fehlgriffen sind die unteren ausführenden Behörden allein auch nicht. Unsere Gesetzeshelfer arbeiten ja sehr schnell, aber leider häufig genug auf Kosten der Sorgfalt. Nicht gerade selten zeigen sich in den Gesetzen, die von einer hohen Volksvertretung beschlossen sind, a r a e U n t e r s c h r e i b e n, geradezu überflüssig. Ein dratliches Beispiel hierfür hat die Aufhebung der Wohnungsangelegenheiten bei den großen Wohnungen; ganz verständlich war die Auslegung, die diese doch sehr weite Kreise der Öffentlichkeit betreffenden Bestimmungen erluden. Der Satz „Untermissung führt zur Strafe nicht“ ist ja ganz schön; aber seitdem das, was alles „rechens“ ist eine geradezu lawnenartige Ausdehnung erfuhr und führt, wie dieser Satz zu einer inneren Unmöglichkeit und aus besonders

Gefahr für die Regierungskoalition.

Unterbrechung der interfraktionellen Schulgesetzverhandlungen.

Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien über den § 20 des Schulgesetzentwurfs sind unterbrochen worden, ohne daß bisher eine Annäherung der gegenseitigen Anschauungen zwischen Volkspartei und Zentrum festgelegt werden kann. Vom Zentrum wird die Forderung der Deutschen Volkspartei, wonach in den Ländern, wo „nach Gesetz und Herkommen“ die Simultanschule bisher besteht, es beim alten bleiben soll, als ganz unannehmbar und verfassungswidrig bezeichnet, weil die Verfassung den Begriff des „Herkommens“ nicht kennt. Bei Annahme einer solchen Bestimmung könnten verschiedene andere Länder, beispielsweise Sachsen durch den Staatsgerichtshof eine Entscheidung erzwungen, wonach auch bei der Geltung des Schulgesetzes ausgenommen werden.

In Zentrumskreisen wird die Aussicht auf eine Verständigung sehr pessimistisch beurteilt und es wird, wie ein sonst gut informiertes Nachrichtenbüro hört, betont, daß das Zentrum einfallen lasse, sei in Winter aus dem Kabinett zurückzuführen, wenn der Standpunkt des Zentrums nicht durchgesetzt werde. Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden, sie dürfen noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Auch von der Volkspartei wird die Lage für außerordentlich pessimistisch gehalten. Die Volkspartei hält nach wie vor ihre Forderungen aufrecht.
Der Interfraktionelle Ausschuss beschäftigte sich auch mit der Grundsatzfrage für die Landwehrpflicht. Es bestand Einigkeit über die Notwendigkeit dieser Hilfe, doch konnte bisher noch kein gangbarer Weg für die Aufbringung der erforderlichen Mittel gefunden werden.

Der Wechsel im Reichswehrministerium.

Der Personalwechsel im Reichswehrministerium hat sich nunmehr auch formell vollzogen. In Berlin verabschiedete sich der bisherige Wehrminister Dr. Gessler von seinen bisherigen Mitarbeitern im Ministerium mit einer längeren Ansprache, in der er seinen Dank und seine Anerkennung aussprach. Der dienstliche Offizier der Wehrmacht, Admiral Zenger, Kommandeur der Reichsmarine, antwortete darauf mit herzlichem Worten des Adieu und über den Abschied. Der neue Wehrminister General Gröner übernahm die Geschäfte ebenfalls mit einer Ansprache an die vornehmsten Beamten und Offiziere. Seine Amtsübernahme gab der Minister der Wehrmacht durch folgenden Erlass bekannt:

Durch das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten an die Spitze des Reichswehrministeriums berufen, habe ich heute die Amtsgeschäfte übernommen. In der festen Überzeugung, daß unsere gemeinsame Arbeit von rechtschaffen gegenseitigen Vertrauen getragen wird, rufe ich allen alten und jungen Kameraden ein herzlich willkommen zu.
Dr. Gessler wird voraussichtlich zunächst eine längere Zeit der Erholung auf seinem in Bayern gelegenen Gute verleben. Bei seinem Abschied richtete der scheidende Minister an die Wehrmacht einen Erlass, in dem es heißt: „Fast acht Jahre habe ich die Ehre gehabt, an der Spitze des Reichswehrministeriums zu stehen; es waren schwere Jahre, denn in ihnen war die deutsche Entschlossenheit nach dem Versailles Vertrag zu vollziehen. Wir konnten in diesen Jahren aber auch aufbauen und die gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen für die junge deutsche Wehrmacht schaffen. Die beste Kraft gegen wir alle aus der großen militärischen Überlieferung, die wir pflegen ist mich berufen hätte, und besonders aus der Überzeugung, daß es Aufgabe des Soldaten ist, aber alle Parteien hinweg, niemand zuliebe und niemand anstehe, nur dem Vaterland zu dienen.“

Der neue Wehrminister ist ein Mann, der in Deutschland über alles! Der Reichswehrminister: Dr. Gessler.

Forderungen der Landwirtschaft.

100-Millionen-Beihilfe vorgeschlagen.
In der vergangenen Woche hat sich das Reichsministerium mit der Vorlage der Landwirtschaft beschäftigt und ist in Erwägung über Bewilligung neuer Kredite eingetreten. Von den Vertretern der Landwirtschaft wurde betont worden, das Reich müsse mehrere hundert Millionen bereitstellen. Wie es heißt, soll der Reichsfinanzminister Dr. Brücher sich bereit erklärt haben, den Betrag von 100 Millionen in den Etat einzustellen. Darüber hinausgehende Ansprüche seien abzuweisen, da keine Deckung vorhanden sei. Reichsernährungsminister Schiele habe einer vorläufigen Begrenzung auf 100 Millionen zugestimmt.
Die landwirtschaftlichen Verbände sind keineswegs mit einer solchen Begrenzung einverstanden und betrachten sie als nicht ausreichend. Besonders wird auf die Möglichkeit hingewiesen, aus den Krediten für die Landwirtschaft in Anspruch zu nehmen. Grundsätzliche Beschlüsse im Kabinett wurden noch nicht gefaßt, zumal auch über die Form, in welcher diese Auslandskredite beschafft werden sollen, keine Klarheit herrscht.

Landwirtschaftsfragen im Reichshausparlament.
Bei der Weiterführung der Reichsberatung besaß die Landwirtschaft im Reichshausparlament am Montag in der Hauptsache mit den dringlichen Fragen der Landwirtschaft.
Der Präsident des Reichshausparlamentes Dr. Brücher hat die Verhandlungen des Reichsernährungsministers Dr. Schiele über die Not der Landwirtschaft, erklärte aber, grundsätzlich könne man sich darüber urteilen, ob die Regierung wirtschaftlichen Notwendigkeiten genügt, wenn genauere Mitteilungen über die Einzelheiten der Ernährungssituation vorliegt worden seien. Seine Partei wünsche Ausmaß des Schuldverschuldens und andere Berücksichtigung des bäuerlichen Selbstes. Schiele schätzte die Größe eines Anleihe von 100 Millionen für den Reichsernährungsminister vor. Abg. Gerlach (Bauer. Sp.) bringt Wünsche der bayerischen Landwirtschaft vor und verlangt Herabsetzung des Verschuldenslimites.
Abg. Bennewitz (Ztr.) kritisiert besonders das System der Besteuerung der Landwirtschaft. Für Zentralländern, die in der Landwirtschaft nicht zu vermeiden seien, werde von den Steuerbehörden ein Zins berechnet, der untragbar sei. Abg. Schmidt (Ztr.) betont die Wichtigkeit der Landwirtschaft für die Ernährung der Bevölkerung. Er verlangt, daß die Mittel für die Landwirtschaft wieder im Vordergrund angeordnet werden müßten. Im Interesse der Landwirtschaft werde er sich gegen die Verallgemeinerung der Wohnbauten von der Not der Landwirtschaft einsetzen. Es werde stark mit übertriebenem Arbeit. Abg. Dietrich (Dem.) weist darauf hin, daß nur von der Not einzelner Großbetriebe getrieben werde, den Bauern und Kleinrentnern habe es ebenfalls nicht gut, aber die kleinen Kleinrentner habe es ebenfalls nicht gut, weil sie sich anstrengen, durchzukommen und nicht nur nach Staatshilfen schrien.

Reichsernährungsminister Schiele
führte aus, bestimmte Summen für die benötigten Kredite habe er mit Rücksicht nicht angeordnet, da das Kabinett hierüber noch nicht abschließend geurteilt habe. Der Minister betonte sich über die mangelnden Dünemittel und die unrentablen Viehpreise infolge der Auslandszufuhr. Im Kleintierbau würden sich bedauerlicherweise die niedrigen Viehpreise nicht aus. Die Spannung zwischen dem Staat und der Landwirtschaft und dem Landpreis für Schweinefleisch habe sich gegenüber dem Jahre 1918 um 50 Prozent erhöht. Der Staatpreis für Schweine fleische heute unter dem Marktpreis.
Nach einigen weiteren Bemerkungen über die Lage des Reichshausparlamentes vertagte sich der Ausschuss.

Ende des Antifriedenspakt-Planes?

Die Auffassung in Amerika.
Aus Washington wird über den ersten Eindruck der nunmehr veröffentlichten französischen Antwortorte auf die amerikanischen Vorläufe in der Frage des Antifriedenspaktes berichtet, man sei versucht anzunehmen, daß ein weiterer Meinungsaustrausch in dieser Frage ganz und gar h a n d l o s sei, denn die Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Paris befinden sich weiter. Es besteht eigentlich nur noch eine Hoffnung. Verhandlungen zwischen den die Großmacht vertretenden Diplomaten können unter Umständen zu einer Verständigung über eine abschließende Erklärung führen, durch die jede Macht, soweit es sie betrafte, auf jeden Krieg verzichte. Auch in einer Erklärung der „Chicago Tribune“ aus Washington heißt es, die französische Antwort bereite allen Ansichten auf eine Verständigung ein Ende.

Aus Brains Antwort an Kellogg.

In dem Schreiben des französischen Außenministers Brains an den amerikanischen Staatssekretär Kellogg wird kein Zweifel daran gelassen, daß Frankreich jedes Interesse

wieder einmal in Spiel und Gesang in großer Form und leichtesten Versägliches. Auch Olga (Fräulein Ritter) und ihre beiden amerikanischen Kavaliere (Herr Nagel und Herr Ritter) hatten sich prächtig in ihre Rollen hineingelebt. Mit Tompen (Frau Dehlschlager), der wahre Typ einer Frömmlerin, spielte ihre Rolle ausgezeichnet und gab häufig den Anlaß zu einer Nachsage. Dekorationen, Ausstattungen und Garderobe waren wie immer auf fatener Höhe. Die einnehmende Musik, das flotte Spiel, waren ein rechter Genuß für alle Zuhörer, das Publikum zeigte deshalb auch nicht mit dem Verfall, so daß mehrere Sennen wiederholt werden mußten. Nur ein Urteil hörte man beim Besuch zum Ausdruck kam. Hervorragendes wurde geboten und geleistet. Dank allen Mitwirkenden auch an dieser Stelle. Und nun die Frage: „Welche Uebersetzung bringt uns der nächste Festabend?“

Falkenberg, 20. Jan. Auf der Straße Berlin-Falkenberg werden jetzt von der Firma Schwarztopf gebaute neueste Schnell-Solomotoren gewirkt. Die Kleinmaschinen sollen in der Stunde 120 Kilometer schaffen. Die 112-Kilometerstrecke Berlin-Falkenberg wurde bis jetzt in 55 Minuten bewältigt. Einen Tag unterliegt die Fahrt ausnahmslos der technischen Prüfung, am anderen Tage wird ihre wirtschaftliche Kraftleistung geprüft; es kommt die Maschine des einen Tages leer, während sie des anderen Tages einen Vollzug nach hier bringt. Befriedigt die Maschine alle Anforderungen, so erfolgt ihre Abnahme und Uebernahme in den Dienst. Bis jetzt trafen die Prüfungsfahrten um 11,20 Uhr auf dem Bahnhof hier ein. Es finden sich stets Bewunderer des Kolosses. Alle Erzeugnisse der Technik haben Anwendung gefunden. Nach Durchsicht der Schmierleiste fährt die Maschine nach der Drehhöhe, um dann die Rückfahrt nach Berlin voll, mit Vollzug wieder unter Kontrolle anzutreten. Mehrere geprüfte Maschinen des großen Typs laufen bereits auf Langtreden.

Zorgau, 14. Januar. (Zorgau veranfaßt eine gewerbliche Ausstellung). Gestern Abend lagte im Hotel „Friedrich der Große“ eine Versammlung, die von den Vertretern der für die Ausstellung in Frage kommenden Organisationen besetzt war und die ersten Vorbereitungen erledigte. Die

Versammlung leitete Stadtverordneten-Vorsteher Koh. Er konnte eine erfreuliche Einigkeit bei den Anwesenden darüber feststellen, daß überhaupt eine Ausstellung abgehalten werden soll. Die Versammlung einigte sich dahin, daß als Träger der Ausstellung die Kreisvereinigung selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender, die Arbeitgebervereinigung und die Landwirtschaftliche Arbeitgebervereinigung in Frage kommen. Als Zeitpunkt der Ausstellung wurde die Woche vom 12. Mai bis Sonntag, 20. Mai, festgelegt, die deswegen besonders günstig ist, weil in diese Woche der Himmel-fahrtstag fällt. Die Versammlung wählte einen vorbereitenden Ausschuss, der sich über die Zusammenkunft der Arbeitsausschüsse und andere wichtige Fragen schäftig machen wird.

Zorgau, 20. Januar. Der eigenartige Fall, daß ein Zuchthäuser vom Staatsanwalt befehligt wird, ereignete sich jetzt. Bei dem Strafprozeß gegen den Porzellandrehler Riedel, welcher i. Z. den Schupoennten Hegener ermordete, war zur Ermittlung des Täters eine Belohnung von 10000 Mk. für denjenigen ausgesetzt, der Angaben machen könnte, die zur Ermittlung des Täters führen würden. Nun hatte Riedel zu dem Zuchthausgefangenen Kaufmann im hiesigen Polizeigewahrsam Anreden gemacht, die dieser weiter meldete, wodurch denn tatsächlich Riedel als der Mörder des Hegener festgesetzt werden konnte. Wie verlautet, steht die Staatsanwaltschaft auf dem Standpunkt, dem Kaufmann einen Teil der ausgesetzten Belohnung zuzulassen, so daß, kommt er im Sommer nächsten Jahres aus dem Zuchthaus, er ein nettes Stämmchen in die Hände bekommen wird. Dieser Fall dürfte nicht gerade zu den Alltäglichkeiten gehören.

Wittenberg. Infolge der Wittenberg-Fahrten, die immer größere Ausdehnung gewinnen und seit längerer Zeit schon das Bedürfnis eines Solipses fühlbar machen, ist man in der Lutherstadt dem Gedanken nahe getreten, das Bahnhofshotel zu einem Solips umzuwandeln. Der evangelische Bund unterstützt diesen Plan, der für die Pilgerfabriken zweifellos große Bedeutung haben wird.

Senftenberg. Ein aus der Richtung Senftenberg kommendes, dem Landratsamt in Ludau gehörendes Personenauto erlitt auf der neuen Rannow-Chauffee eine Reifenpanne. Zufälligerweise passierten der Bergarbeiter Arthur Börner aus Rannow und seine Ehefrau mit einem mit Beifahrer beladenen Landwagen im gleichen Augenblick die Stelle. Das Personenauto wurde durch den plötzlichen Reifenbruch quer über die Chauffee gefleudert und drallte gegen Börner, während sich seine Ehefrau noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Börner erlitt schwere Bein- und Kopfverletzungen und ist im hiesigen Knappschafts-taunthaus verstorben.

Der Entwurf zum Estergeß. Der Entwurf zum Estergeß ist nun endgültig fertiggestellt und wird demnächst dem Landtage zugehen. Der Entwurf sieht die Bildung einer Genossenschaft für das Gebiet des Jalles von der Landesgrenze des Freistaates Sachsen bis zur Wäandung in die Elbe vor. Die auf Grund des Gesetzes zu bildende Genossenschaft bezweckt: Reinhaltung der Elster und ihrer Nebenflüsse, Regelung der Vorflut und des Bodwasserabflusses, Schutz und Förderung der Landeskultur, Unterhaltung und Ausbau der zur Ableitung von Abwässern dienenden Wasserläufe und Ueberwachung des Zustandes der eingeleiteten gewerblichen und sonstigen Abwässer. Die Genossenschaft bilden zwei Gruppen. Gruppe A besteht aus den Genossen, die an der Reinhaltung der Elster ein wirtschaftliches Interesse haben und zwar die Landkreise Schweinitz, Liebenroda, Ludau, Ralau, Spremberg und Sonderswerda, der Esterregulierungsverband, sowie Wassergenossenschaften, Deichverbände, Gemeinden, Gutsbesitzer. Gruppe B setzt sich zusammen aus den Einleitern von Abwässern, wie Bergwerke, sonstige gewerblichen Unternehmen, einschließlich landwirtschaftliche Betriebe, Gemeinden und Gutsbesitzer. — Die Kosten der Gesellschaft verteilen zu 85 % auf Gruppe B und 15 % auf Gruppe A verteilt werden. Die Landkreise sind jedoch nicht beitragspflichtig. Die Gruppe B soll nicht mehr als 46 % der Stimmen in der Mitgliederversammlung und nicht mehr als 5 Stimmen von 11 Stimmen im Ausschuss haben.

„Biolantha“ ♦ Henny Porten

Holzversteigerung
der Oberförsterei Thiergarten in Annaburg (Bez. Halle), am Freitag, den 27. Januar 1928, von 9 Uhr ab im „Waldschützen“ zu Annaburg.
Försterei Heidemühle: Jagd 10 b, Kiefer: 49 rm Kloben, 31 rm Reis 1. Jagd 44 d, Kiefer: 243 rm Kloben, 5 rm Buch-Knüppel, 103 rm Reis 1. Kloben.
Försterei Frauenhort: Jagd 48 a, Kiefer: 4 rm Kloben und die bestellten Loh.
Försterei Meufels: Jagd 115, Kiefer: 3 rm Kloben, 32 rm Knüppel, Sammeltrieb, Jagd 120 bis 145 b, Birke: 6 rm Kloben. Kiefer: 313 rm Kloben, 211 rm Knüppel.
Försterei Thiergarten: Jagd 152 c, Kiefer: 135 rm Kloben, 78 rm Reis 1. Kloben. Außerdem die bestellten Klobenlose. Verwendungen vorbehalten. Zahlungen werden im Termin angenommen.

Donnerstag empfehle:
Goldbarsch und Geaal,
Freitag: **Grüne Heringe**
Pfd. 18—20 Pfg.
J. G. Fritzsche.

Handwagen
in sauberer, dauerhafter Ausführung in allen Größen
Ersatzteile und Räder stets vorräthig.
Eosibe Preise!

Zentrifugen :=: **Butter-Maschinen**
Fahrräder, Motorräder, Ersatzteile.
Reparatur-Werkstatt.
Wilhelm Grahl.

Der deutsche Rundfunk
Größte Funkzeitschrift mit allen Programmen und großem Unterhaltungs- und Bastarteil
Nur 50 Pfg. jede Woche, Bestellung bei jedem Postamt und in jeder Buchhandlung.
Programmnummern kostenlos vom Verlag Berlin N 24

Drucksachen jeder Art
werden schnellstens angefertigt.
Herm. Steinbeiß, Buchdrucker.

„Biolantha“ ♦ Henny Porten

Sie wissen doch!!
Bis zum 28. Januar
Inventur-Ausverkauf
bei
Carl Quehl
Annaburg.
Besonders billig:
Damenmäntel
Kindermäntel
Damentleider
Kinderkleider
Strickjacken
Pullover
Bester
ganz besonders billig!!
Beachten Sie
bitte meine
Schaufenster!

Noch nie dagewesen!
Habe einen großen Posten
Damenmäntel
in bekannt guten Qualitäten
bis zur Hälfte des bisherigen Preises
herabgesetzt!
Außerdem vieles andere mehr!
Ernst Peschke.
Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

„Biolantha“ ♦ Henny Porten

Guysehle
allerfeinst. **Bienen-**
Blütenhonig,
ff. **Blauemmus,**
Marumladen
sowie **Stier**
Fett-Büdlinge
und **Sprossen**
Arthur Hönemann,
Markt 19.
Mittwoch früh:
◆ **Frische** ◆
grüne Heringe
Pfund 20 Pfg.
pfecht.
Theobald Schunke.
Brief-Ordner
Schnellhefter
in Quart- u. Folio-Format,
empfecht
S. Steinbeiß.
Suche für meinen Pots-
damer Haushalt zum 1. Fe-
bruar, **lästiges**
Alleinmädchen
mit Kochkenntnis. Zeug-
nisse erbeten.
Frau Oberleutnant Habel,
3. St. Annaburg (Schloß).
Klempner-
Lehrling
sucht
Richard Fuhrmann,
Klempnermeister, Seifen.
Reichsbund
d. Kriegsbeschädigten, Kriegs-
teilnehmer und -Sinterblieb.
Ortsgruppe Annaburg.
Donnerstag, d. 26. Janu-
ar 1928, abends 8
Uhr in „Stadt Berlin“
Haupt-Versammlung.
Der reichhaltigen und wich-
tigen Tagesordnung halber
wird um pünktliches Er-
scheinen gebeten.
Der Vorstand.

Verein selbständ. Handwerker
und **Gewerbetreibender**
Annaburg und Umgebung.
Am Donnerstag, den 26. Januar, abends
8 1/2 Uhr findet im Gashof „Siegestanz“ unsere
General-Versammlung
statt. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.
Der Vorstand.

Braucht man Gott?
Deffentlicher Vortrag
Mittwoch, abends 8 Uhr
im Gashof „Siegestanz“, Markt.
Referent: **W. Radke.**
Eintritt frei!
Für die vielen Gratulationen und Ge-
schenke zu unserer Verlobung danken
wir zugleich im Namen unserer Eltern
Trudchen Quinque
Otto Richter.
Annaburg, den 22. Januar 1928.

„Biolantha“ ♦ Henny Porten

